Haushalts- und Finanzausschuß:

Noch keine Einigung über Arbeitsgruppe Stellenpläne

Die CDU-Fraktion werde sich in der neuen Wahlperiode nicht an der Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne" beteiligen, hatte sie in einer Presseerklärung mitgeteilt. Auf Antrag der SPD-Fraktion berief daraufhin Vorsitzender Hans-Georg Weiss (CDU) eine Sitzung des Haushaltsausschusses ein. Von SPD- und F.D.P.-Fraktion wurde die Entscheidung der CDU bedauert und auf die erfolgreiche Tätigkeit der Arbeitsgruppe und die effiziente Vorarbeit durch den Gutachterdienst der Landtagsverwaltung hingewiesen. Das vom CDU-Sprecher vorgeschlagene Berichterstatterverfahren bezeichneten sie als ungeeignet. Sie wiesen auch darauf hin, daß die Kompetenz über die Personalhaushalte der Ressorts wieder an die Fachausschüsse zurückgehen werde, sollte es nicht zum Beschluß über die Bildung der Arbeitsgruppe kommen.

Der eindeutige Beschluß der CDU-Fraktion bedeute kein Nachlassen im gemeinsamen Bemühen um sparsame Haushaltsführung, erläuterte CDU-Sprecher Hartmut Schauerte. Es gehe aber nicht an, daß die CDU die Personaleinsparungen zu Lasten vieler mittragen solle, „während Mehrheitsfraktion und Ministerpräsident sich zu Lasten der Allgemeinheit personalpolitisch bedienen". Das F.D.P.-Mitglied des Haushaltsausschusses, Dr. Wolfram Dorn, bedauerte die Entscheidung und wies auf die vorbildliche Regelung des NRW-Landtags hin, die sich seit zwölf Jahren bewährt und den Gesamtausschuß erheblich entlastet habe. SPD-Sprecher Heinz Schleußer bezeichnete die Arbeitsgruppe als ideales Instrument für die ressortübergreifende Haushaltsberatung, auf deren großartige Erfolge der Landtag stolz sei. Der Schaden durch ein Berichterstattersystem werde sich nicht reparieren lassen. Das künftige Verfahren der Beratung der Stellenpläne der Ressorts wird auf Vorschlag der SPD der Präsident des Landtags mit den Vorsitzenden der Fraktionen und des Ausschusses sowie den Obleuten in einem gemeinsamen Gespräch erörtern.

LANDTAG INTERN
Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern": Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

Dr. Achim Rohde (F.D.P.)

„Wir sind noch bei der Grundlagenforschung", sagt Dr. Achim Rohde, der neue Vorsitzende der neuen Fraktion der Freien Demokraten im Düsseldorfer Landtag, wenn man ihn fragt, wie er und seine dreizehn Mitstreiter sich denn in die neue parlamentarische Verantwortung hineingefunden hätten, die ihnen die Wähler mit sechs Prozent der Stimmen seit dem Frühjahr in Nordrhein-Westfalen wieder aufgetragen haben. „Wir machen zwölf Stunden täglich unsere Schularbeiten, lernen aber unheimlich schnell dazu." Eine so kleine F.D.P.-Fraktion hat es wahrlich nicht leicht. Die SPD kontrolliert „ihre" Regierung Rau wegen der absoluten Mehrheit faktisch im eigenen Ermessen. Rohde und seine Abgeordnetenmannschaft wollen und müssen das zwar auch versuchen, sich zugleich aber auch neben der wesentlich größeren Oppositionsfraktion der CDU selbständig profilieren.

Nun hat der Vorsitzende Rohde ein so gehöriges Selbstbewußtsein, daß ihm um all das nicht bange ist. In den wenigen ersten Arbeitsmonaten hat er seine Fraktion mehrfach zu Klausurtagungen zusammengerufen, einen Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter aufgebaut, die 19 Parlamentsausschüsse mit seinen nur 14 Abgeordneten besetzt und auch aus der beengten Unterbringung der F.D.P. als neuer dritter Fraktion im viel zu klein gewordenen alten Landtag noch das Beste gemacht. Erste „Zielbestimmungen" seiner Arbeit sind zu erkennen: ein Entschuldungsplan für das unter Zins- und Tilgungslasten stöhnende Land, eine inhaltliche Neubesinnung von Schulpolitik unter Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, Entbürokratisierung der Verwaltungen, Gründung einer Exportakademie im Lande, um den Produktions- und Wirtschaftswandel zu fördern und noch einiges mehr.

Für einen Parlamentsneuling führt Rohde eine kecke, manchmal freche Rede, deren politische Pointen noch nicht immer so treffsicher sind, wie er das wünschen möchte. Doch das gehört auch zu den Lernprozessen, deren er fähig ist. Der Düsseldorfer Zahnarztsohn galt in seiner Partei noch vor Jahresfrist als Verlegenheitslösung. Das änderte sich während des Wahlkampfes und des damit eingetretenen Erfolges schnell. Rohde ist heute in der F.D.P., deren neues Selbstverständnis als Wirtschaftspartei er im Lande mitgeprägt hat, unbestritten. Wahrscheinlich hat er seine eigentliche politische Karriere noch vor sich. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, nach beiden Staatsprüfungen und der Promotion begann er als persönlicher Referent der früheren Düsseldorfer F.D.P.-Minister Kienbaum und Kohlhase. Schon Ende der sechziger Jahre gehörte er zu den engen Mitarbeitern des damaligen F.D.P.-Vorsitzenden und Außenministers Scheel. Insofern sahen viele in ihm ein Ziehkind des ehemaligen sozial-liberalen Bündnisses in Bonn und in Düsseldorf.

Doch dann begann, als Rohde 1975 – durchaus im Sinne des üblichen Koalitionsproporzes – zum Regierungspräsidenten von Düsseldorf bestellt wurde, wieder einer dieser Lernprozesse. Rohde sammelte profunde Verwaltungserfahrungen; er begann, das Verhältnis von Kabinettspolitik, umsetzender Administration und mangelnder Bürgernähe vieler Planungen kritischer zu sehen. Der Konflikt mit der Regierung Rau in planerischen, ordnungs- und auch energiepolitischen Fragen war bis 1983 so weit gediehen, daß seiner Entfernung aus dem Staatsamt des Regierungspräsidenten auch ein Stück eigener Provokation zugrunde lag.

Rohde wollte offenkundig politisch wieder handlungsfrei werden. Als Unternehmensberater wäre er beinahe noch in eine Falle geraten, die ihm politische Widersacher stellten. Das Wahlkampfprogramm, das dann bei der F.D.P. im Lande unverkennbar seine Handschrift trug, bleibt Arbeitsprogramm auch seiner Landtagsfraktion: gegen Verbandsmacht, Gängelung und Gleichmacherei, für Leistungsprinzip und Wettbewerb, für Strukturwandel und neue Techniken. „Wir werden jetzt im Landtag liberale Zeichen setzen", sagt er. Die kommenden schwierigen Haushaltsberatungen geben Gelegenheit dazu. Man sieht es Rohde an: er liebt das Scharmützel von Rede und Gegenrede, er freut sich, wenn er sich im parlamentarischen Wortgefecht „tummeln" kann.

Lothar Bewerunge